

Abg. Krauß fragte, ob auch die Firma SITA Kontrollen durchführen werde und welche Konsequenzen aus den verstärkten Kontrollen von REMONDIS gezogen würden.

Frau Decking teilte mit, dass die Firma SITA zwar auch Kontrollen durchführe, aber keine Säcke stehen lasse. In der Abstimmungsvereinbarung des Rhein-Sieg-Kreises und der DSD AG sei festgelegt, dass nur dort Säcke stehen gelassen werden dürfen, wo diese eindeutig einem Haushalt zugeordnet werden können. Dies sei üblicherweise in Gebieten mit Einfamilienhausbebauung der Fall. Problematisch seien aber meist Mehrfamilienhäuser und Großwohnanlagen. Es sei vereinbart, dass die RSAG hier ausführlich berate, während REMONDIS in den Gewerbebetrieben die Beratung durchführe. Wichtig sei, dass die RSAG in Presseartikeln nicht als Ansprechpartner für den Bürger zum Thema „Gelbe Säcke“ erscheine, denn hier handele es sich um ein duales System, ein zweites System und hierfür sei die Arbeitsgemeinschaft DSD verantwortlich.

Abg. Albrecht regte an, beispielsweise den Müllkalendern für das kommende Jahr oder den Hauptabgabenbescheiden ein Informationsblatt der ARGE DSD beizufügen. Des Weiteren fragte er, wie lange der 1991 mit DSD geschlossene Vertrag noch laufe. Denn es gebe ja inzwischen Konkurrenten wie Interseroh und Landbell, ggfs. könne irgendwann die Monopolstellung des DSD durchbrochen werden.

Herr Schölzel führte aus, dass auf ein Beiblatt verzichtet werden könne, da innerhalb des Abfallkalenders eine mit DSD abgestimmte Sonderseite existiere. Hier sei erläutert, was in die gelben Säcke gehöre und was nicht. Eine weitere Beilage sei allein aus logistischen Gründen schon nicht mehr möglich, da die Abfallkalender bereits in einer Auflage von 300.000 Stück gedruckt seien.

KBD Dr. Hoffmann erklärte, dass die Abstimmungsvereinbarung, die im Januar 2005 zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und der DSD AG abgeschlossen wurde, eine Laufzeit von 3 Jahren habe.

Anmerkung der Verwaltung:

Die im Januar 2005 mit der DSD AG abgeschlossene Abstimmungsvereinbarung hat eine Laufzeit vom 01.01.2004 bis 31.12.2006. Die Firmen Interseroh und Landbell haben sich durch die unterzeichneten Abstimmungs- und Verpflichtungserklärungen dem System der DSD AG unterworfen.

SKB Hilden erkundigte sich, ob die ARGE DSD Öffentlichkeitsarbeit leiste. Was Herr Schölzel verneinte.

Der Vorsitzende bat die Verwaltung, die ARGE DSD auf ihre Verpflichtung zur Öffentlichkeitsarbeit hinzuweisen.

Abg. Smielick fragte, was mit den Materialien geschehe, die in den gelben Säcken gefüllt würden, aber keinen Grünen Punkt hätten. Bei einer Fehlwurfquote von 16 % vor 10 Jahren und heute 13 % müsste der Sinn der dualen Systeme hinterfragt werden.

Abg. Köhler schloss sich seinem Vorredner an, er halte das duale System nach wie vor für eine Fehlentwicklung. Die Einführung habe zu einer Flut von Verpackungsmaterialien geführt. Ebenso sei es nicht nachzuvollziehen, dass stoffgleiche Nichtverpackungen nicht in die gelben Säcke eingefüllt werden dürfen; dass hier nicht nach der stofflichen Qualität sondern nach dem Kriterium „Grüner Punkt“ differenziert würde. Doch eine Änderung läge in der Kompetenz des Bundes. Des Weiteren fragte er, ob er es richtig verstanden habe, dass die RSAG im Rahmen des Müllkalenders die Öffentlichkeitsarbeit für die ARGE durchführen würde.

Frau Decking erläuterte, dass es eine konkrete Vereinbarung gebe. Die RSAG erhalte pro Einwohner und Jahr 0,26 € für festgelegte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, die die RSAG leiste. Darüber hinaus müsste die ARGE ebenfalls Öffentlichkeitsarbeit durchführen, dies geschehe aber nicht.

